

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

59 (11.3.1931)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepulverte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüberangelegene und Stellungszeile 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 40 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, der bei Nichterhaltung des Zeitungspreises, bei gerichtlicher Zerschlagung und bei Konkurs außer Kraft tritt. © Verlags- und Druckerei L. D. Schöberl, Karlsruher Straße 12, 6. Schicht, bei Tageszeitung 6 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Außerstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ober-Zustellung 2,70 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Ersicht 8 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellung 2650 Mark o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o. Jernau 7020 und 7021 o. Volksfreund-Verlag: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdbühnenstraße 12; Kallstadt, Kollmannstraße 2; Offenburg, Republikstraße 7

Nummer 59

Karlsruhe, Mittwoch, den 11. März 1931

51. Jahrgang

Herunter mit der Arbeitszeit!

Neuer Gewerkschaftsvorstoß für 40 stündige Arbeitswoche und gegen Lohndruck. Den Arbeitslosen muß wieder Beschäftigung gegeben werden

Der Bundesausschuß des A. D. G. B. nahm am Dienstag im Berliner Gewerkschaftshaus eingehend zur Arbeitszeit- und Lohnfrage Stellung. Seine Forderungen wurden in zwei einstimmig angenommenen Entschlüsse zusammengefaßt. Die Entschlüsse zur Arbeitszeitfrage lautet:

Der Bundesausschuß erhebt erneut die Forderung nach der Reduzierung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirksamen Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit höherem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.

Der Bundesausschuß erinnert daran, daß er bereits im Oktober 1920 die gesetzliche Einführung der 40 stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeit-Verkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenke.

Andern der Bundesausschuß wiederholt auf die wirtschaftliche und soziale Not der Millionen Arbeitslosen hinzuweisen, lehnt er zugleich die Unmöglichkeit der Deckung der Arbeitslosen durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitslosigkeit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen. Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuß die Forderung, daß die in der Arbeitszeit-Verkürzung liegende soziale Not durch die Einführung der 40 stündigen Arbeitswoche gelöst und zwangsweise durchgeführt werden, die sofort

eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben.

Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erwerbseinstigen die Zeit entsprechend der regelmäßigen Arbeitswoche auf 5 Tage oder 40 Stunden beschränkt.

Die Entschlüsse zur Lohnfrage hat folgenden Wortlaut:

„Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungswanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden mit den schlimmsten Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesehen wurden. Statt der in Aussicht gestellten Beseitigung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftverminderung erheblich weiter gestiegen. Die Unfähigkeit der Wirtschaft, die Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden.“

Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt daher nicht allein im Interesse der Arbeiter, sondern auch der Wirtschaft, sowie die Summen aus der Erwerbslosigkeit, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung fließen unmitelbar und reißend in den Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen Antrieb des Wirtschaftslebens, namentlich aber die Grundlage der Ersizienz weiter Kreise der Handels- und Gewerbetreibenden.

Der Bundesausschuß erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Stand auf die Lohnsenkung zurückzuführen und statt dessen fortan der Arbeitslosigkeit gegenüber dem rückwärtslosen Unternehmertum den Schritt zu gewähren, den andere, weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.“

Krebsübel § 218

Kattenschwanz von Prozeßern mahnt dringlich zur Gesetzesänderung

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Nach einer von dem Stuttgarter kommunistischen Blatt veröffentlichten Darstellung soll die Stuttgarter Staatsanwaltschaft bei dem gegen die Ärzte Dr. Friedrich Wolf und Frau Dr. Jakobowitz eingeleiteten Verfahren zunächst versucht haben, die Untersuchung nur gegen Proletarierfrauen zu führen. Sie habe sich jetzt jedoch „unter schwerem Druck“ entschlossen, auch diejenigen § 218-Fälle zu untersuchen, bei denen es sich um Frauen der höchsten und angesehensten Stuttgarter Bürgerkreise handelt.

Während diese Untersuchung, wie das Blatt schreibt, auch auf andere Stuttgarter Ärzte ausgedehnt werden müssen, die insgesamt in rund 200 Fällen Infektionsstoffe für die Frauen wohlhabender Bürger ausgeteilt hätten. In der Tat hat Frau Dr. Jakobowitz-Kienle beschuldigt, Karthausen neben den Namen zahlreicher Proletarierfrauen und armer Bauernmädchen auch Namen von Frauen gefunden worden, die seit Jahr und Tag in der Gesellschaft eine Rolle spielen und deren Männer teilweise sogar hohe Stellungen in kirchlichen und Staatsbehörden einnehmen. Die Staatsanwaltschaft, so behauptet das Blatt, hätte diese Namen gern über-

sehen, diese Absicht sei aber vereitelt worden. Einige der Fälle bezeichnet das Blatt durch Angabe des Berufs der Ehemänner oder Väter so deutlich, daß man mit geringer Mühe die Namen der betreffenden Personen feststellen könnte.

Gegen zahlreiche Stuttgarter Ärzte wird der Untersuchungsrichter nach den Mitteilungen des Blattes ein Verfahren einleiten müssen. Bis jetzt seien erst acht andere Ärzte in die Untersuchung einbezogen worden, es soll sich jedoch um etwa 100 Ärzte handeln. In den drei großen Stuttgarter Frauenkliniken seien zahlreiche Schwangerschaftsunterbrechungen an Frauen wohlhabender Kreise ausgeführt worden. Im besonderen wird dabei auf die unter Leitung von Prof. Baish stehende städtische Frauenklinik hingewiesen. Die Denunziation gegen Dr. Wolf soll von zwei hochgestellten Ärzten erfolgt sein, die im Krankenhaus Bethesda arbeiten, wo eine der Frauen lag, für die Dr. Wolf ein Mittel ausgeteilt hatte. Das Blatt sagt, daß der Mann jetzt schon mißglückt sei, zwei mißliebige Ärzte, die sich zur sozialen Induktion bekennen, herauszuweisen. Es werde nicht nur dem Prozeß Wolf, sondern noch zehn weitere derartige Prozesse geben, für die jenseitig Material vorliege, daß die Staatsanwaltschaft in ihm erhitzen könne.

Britisches Heeresbudget und Abrüstungsfrage

WTB. London, 10. März. Der Staatssekretär für die Landesverteidigung, Eoban, brachte heute nachmittags im Unterhaus die Paranschlüsse ein und erklärte dazu: Es stehe außer Frage, daß die riesige Herabsetzung der Rüstungen, die in England vorgenommen wurde, von anderen Ländern nicht nachgemacht worden sei. Die Regierung werde, wie es bei der Flottenabrüstung gelang, auch bei den Verhandlungen über die Abrüstung zu Lande eine führende Rolle übernehmen. Aber zuerst sei es vollkommen unmöglich, eine Herabsetzung der Streitkräfte vorzuschlagen, und aus diesem Grunde seien die in den Voranschlägen aufgeführten Zahlen ungenügend die gleichen wie im vergangenen Jahr.

Japan stimmt Flottenabkommen zu

Tokio, 11. März. (Zurücksendung). Die japanische Regierung hat am Dienstag beschlossen, dem Flottenabkommen zwischen England, Frankreich und Italien zuzustimmen.

Englands Konvention gegen Indientonferenz

Die englischen Konventionen erklären plötzlich, sie widersetzen sich im gegenwärtigen Augenblick einer zweiten Indientonferenz. Doch wird die Festigkeit dieses Entschlusses bezweifelt.

Sir Mosley aus Labour Party ausgeschlossen

Der Exekutivauschuß der englischen Arbeiterpartei hat Sir Oswald Mosley infolge seiner gegen die Partei gerichteten Aktion aus der Partei ausgeschlossen.

Unternehmerbrutalität

Durchführung der Aussperrung in der bayer. Metallindustrie

WTB. München, 10. März. Die vom Verband bayerischer Metallindustrieller in den bayerischen Großstädten für Montagabend am Arbeitschluß verhängte Aussperrung ist einheitlich durchgeführt worden und betrifft, wie gemeldet, rund 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der Arbeitsmarkt im Reich

Immer noch furchtbare Ziffern

Ende Februar hatte nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 28. Februar dieses Jahres sowohl die Zahl der Arbeitslosen als die der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung etwas abgenommen, nur die Zahl der Arbeitslosen ist etwas gestiegen, jedoch langsamer als im Vormonat. Die Zählung vom 28. Februar ergab, daß von den bei den Arbeitsämtern eingetragenen verfügbaren Arbeitslosen rund 4 972 000 arbeitslos waren, d. h. rund 19 000 weniger als am 15. Februar. Aus dieser Zahl wurden Ende Februar rund 2 589 000 aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung, rund 908 000 aus denen der Arbeitslosenversicherung unterstützt. Die Entlastung der Arbeitslosenversicherung gegenüber dem letzten Stichtag beläuft sich auf annähernd 13 000, die Mehrbelastung in der Arbeitslosenversicherung auf rund 46 000 Hauptunterstützungsempfänger. Von den beiden Versicherungsarten wurden mit Ende Februar rund dreieinhalb Millionen Arbeitslose betreut.

Der Kapp-Putsch

Eine Erinnerung

Von Reichsminister a. D. Gustav Noske

Am 10. März 1920 ging mir die Mitteilung zu, General Lüttich werde an diesem Tage vom Reichspräsidenten empfangen. Sofort rief ich den Präbenten an und bat, zu der Aussprache zugezogen zu werden. Damit war Ebert einverstanden. Am Nachmittag hatte ich im Reichstag eine Besprechung mit dem Chef der Heeresleitung, General Reinhard, und dem Chef der Admiralität, von Trotha, wegen der Marinebrigaden. Mein Stabschef hatte an diesem Tage mit dem Kapitän Ehrhardt eine Aussprache gehabt, deren Ergebnis zusammengefaßt das war, daß der Führer der Marinebrigade versicherte, er führe jeden Befehl seines Generals aus, doch würde er keinen Befehl befolgen, wenn er wisse, daß er dem Willen der Regierung zuwiderlaufe. Es wurde beschlossen, trotzdem von Trotha Befehle ankerte, die Marinebrigaden dem Kommando Lüttich zu entziehen und dem Chef der Admiralität zu unterstellen.

Bei Ebert erschienen um 6 Uhr abends außer Lüttich sein Chef des Stabes, Generalmajor v. Odershausen, und der Kommandeur des Wehrkreises 3, Generalleutnant v. Oven. Lüttich trug mit stärkerer Betonung als sonst bei Aussprachen seine Ansichten vor. So-

Beamte und Republik

Preußen greift zu

Berlin, 11. März. (Zurücksendung). Im Hauptauschuß des preussischen Landtages erklärte der preussische Innenminister am Dienstag anlässlich der Beratung seines Etats, daß der preussische Beamtenapparat festgelegt sei und von einem Zerfallen bzw. einer Gefahr der Auflehnung gegen die Politik der Staatsregierung gar keine Rede sein könne. Er treibe keineswegs Gefinnungsschnüffelerei. Aber er könne keine Beamten ernennen oder dulden, die sich nicht die Befehle und die Gesetze zur Richtschnur ihres Verhaltens machten, sondern abhängig von Anordnungen ihrer Parteileitungen wären. Die nachgeordneten Behörden seien angewiesen, die Hege der Nationalsozialisten gegen pflichttreue Beamte in Zukunft nicht mehr zu dulden. Er, der Minister, sei nicht gesonnen, sich die maßlosen Zügellosigkeit im Kampf gegen den Staat und seine Beamten weiterhin gefallen zu lassen.

weil sie politische Fragen betrafen, bewegten sie sich im Rahmen der in letzter Zeit von den Deutschnationalen propagierten Forderungen: Baldige Reichstagswahlen, Wahl des Präsidenten durch das Volk, Kadiminister. Wiederholt wurden von ihm ferner bekannte Truppenwünsche, deren Erfüllung im Gange war, und Bedenken gegen die Truppenverminderung. Ferner beklagte er sich über die von mir in den letzten Tagen verfügte Entlassung zweier Generale und beantragte die Entlassung des Generals Reinhard als Chef der Heeresleitung durch den seit Monaten verabschiedeten General v. Wriesberg.

Der Reichspräsident besprach sehr ruhig die politische Lage und ging auf die erörterten Personenfragen ein. Von mir wurde darauf betont, Forderungen habe kein General der Reichswehr zu stellen. Ein Pronuntiationamento der Offiziere werde schärfste Zurückweisung erfahren, wenn es versucht werden sollte. Befehle seien strikte zu befolgen. Daran knüpfte ich die Mitteilung, daß Lüttich die Verfügung über die Marinebrigaden entzogen sei. Auch die sonstige Truppenverminderung werde genau nach Vorschrift vorgenommen. Reinhard bleibe auf seinem Posten und wie bisher werde jeder General entfernt, gegen den Bedenken bestünden. Sehr nachdrücklich warnte ich vor dem Gedanken an einen Auflehnungsversuch, bei dem die Offiziere die Mannschaften keineswegs hinter sich hätten und der das Reich ruinieren würde.

Lüttich war sichtlich betroffen, meinte besonders, gegen den Reichspräsidenten und mich bestünde keine Abneigung, und beklagte es schließlich, daß ich so hart zu ihm gesprochen hätte. Die beiden anderen Generale äußerten sich mit keinem Wort zustimmend zu den Lüttichschen Darlegungen. Odershausen hat mir später mitgeteilt, nachdem sie das Zimmer verlassen hätten, hätte sein Chef zu ihm gesagt, er sei derartig mitgenommen, daß er sich sofort niederlegen müsse. Der Reichspräsident nahm an, Lüttich werde am nächsten Tag um seinen Abschied bitten.

Am 9. März war ich darauf aufmerksam gemacht worden, daß Generalstabschef Kapp und der frühere Hauptmann Babst sehr geschäftig seien. Bestimmte Angaben konnte ich nicht erlangen. Am 11. März früh ging mir eine erneute Warnung zu, wieder aber ohne Anführung von konkreten Tatsachen. Trotzdem entschloß ich mich, selbst auf die Gefahr hin, einen Mißgriff zu tun, die beiden Männer und zwei weitere, die mit ihnen in Verbindung standen, festnehmen zu lassen.

Freitag früh ordnete ich die Verhaftung des Obersten Bauer und des Polizeihauptmanns von Kessel an und

Freistaat Baden

Nazis verlagern im Landtag

Keine Berichterstattung durch nationalsozialistische Landtagsabgeordnete

Ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter schreibt uns: Wie im Bericht über die letzte Sitzung des Haushaltsausschusses der Parteipresse bereits mitgeteilt worden ist, haben die sechs nationalsozialistischen Abgeordneten des badischen Landtags beschlossen, die Uebernahme und Bearbeitung von Berichten zu verweigern. So habe es ihre Fraktion bestimmt.

Schon und auch! Aber die Herren Nazis hätten der Erklärung über ihre parlamentarische Obstruktion hinzufügen sollen, daß sie demzufolge auch auf einen Teil ihrer Diäten verzichten würden. Das haben sie nicht getan; im Gegenteil, sie haben das gleiche Beispiel der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion nachgemacht und nehmen ihre Diäten, ohne zu arbeiten, voll im Anspruch.

Dabei gehört die Berichterstattung über Gesetzesvorlagen, Anfragen der Parteien und Gesuchen an den Landtag zur pflichtgemäßen Arbeit eines jeden Abgeordneten. Der gewissenhafte Berichterstatter hat viel Zeit und Arbeit aufzuwenden, sich in die Materien zu vertiefen, Material herbeizuschaffen, die Antwort der Regierung auf Anfragen der Abgeordneten zu prüfen und letzten Endes dem Ausschuss, wie dem Plenum ein möglichst klares Bild von der Bedeutung einer Gesetzesvorlage oder einer Anfrage zu geben.

Es ist natürlich sehr bequem, sich von einer solchen Arbeit zu weiden und sie den anderen zu überlassen, aber parlamentarisch ist und pflichtbewusst ist ein solches Verhalten nicht. Und diese Leute haben sich vor den Wahlen angesetzt, das Parlament „reformieren“ zu wollen. Sowohl, den anderen die Arbeit und ihnen selbst Redensarten und Geschwätz in den Ausschüssen und in öffentlichen Sitzungen. Das ist nationalsozialistische Methode!

Dabei ist es im badischen Landtag allgemein bekannt, daß die Nationalsozialisten in den Ausschüssen nichts leisten! Entweder ihr Vertreter fehlt oder er weilt mit dem vorliegenden Landtagsmaterial nichts anfangen. Bei der Behandlung des Polizeistrafrechts (Uniformverbot) z. B. wurde erst wieder konstatiert, daß der nationalsozialistische Vertreter im Rechtsausschuss bei der Abstimmung über dieses wichtige Gesetz nicht einmal anwesend war, geschweige, daß er mitarbeitete hätte. Obwohl dieses Gesetz die Nationalsozialisten hätte besonders interessieren müssen.

Wie überall Verleger, Geschrei und keine Hilfestellung auf dem politischen und wirtschaftlichen Gebiete! Und eine solche lammernde Partei hat am 14. September 1930 in Baden rund 226 000 Stimmen erhalten! Arme Wähler der Nationalsozialisten, wie seid ihr getäuscht worden!

Im Anschluß an obige Tatsachen macht der Badische Beobachter unter dem Titel „Die Hakenkreuzler an der Arbeit“ folgende Feststellungen:

Eine vielliebende Mitteilung gab vor einigen Tagen der Landtagspräsident in einer Sitzung des Haushaltsausschusses bekannt. Er teilte mit, daß die nationalsozialistischen Abgeordneten auf Grund von Fraktionsbeschlüssen die Uebernahme und Bearbeitung von Berichten verweigern würden. Man habe daher im Ausschuss für Angelegenheiten und Beschwerden die Gesuche von nationalsozialistischen Abgeordneten zurückgewiesen. Mit diesem Beschluß haben die Nationalsozialisten wieder einmal ihr wahres Gesicht gezeigt. Jeder Arbeitsamtlich einermachen achtet Schüler weiß, daß die wichtige parlamentarische Arbeit nicht etwa in den Sitzungen der Landtage, sondern gerade in den Ausschüssen geleistet wird. Die öffentlichen Entschuldigungen fallen bereits in den Ausschüssen, deren Mitglieder zusammenkommen in jene im Plenum im allgemeinen überwiegen. Das Plenum selbst wird — leider! — heute viel von den Parteien, und zwar ganz besonders von den radikalen Parteien, nur noch als eine günstige Stätte betrachtet, von der aus man reden zur Tribüne oder zum Fenster hinaus hält. Durch die Uebertragung der nationalsozialistischen Abgeordneten, sich an den Arbeiten in den Ausschüssen zu beteiligen, geben sie also zu erkennen, daß sie auf „praktische Arbeit nicht den geringsten Wert legen. Sie wollen ihr Mandat lediglich in den Diensten ihrer Klienten verleben. In parlamentarischen Parteienpolitik, wobei ihnen das Wohl des Volkes gleichgültig ist, was verschleißt auch? Die Hauptsache ist, daß einem der demokratische Staat, den man so sehr liebt, Diäten und Freizeiten zur Verfügung stellt! Das Ganze nennt man dann: „Wohlfahrt geht vor Eigennut!“

Diäten - freifahrkarte und noch Gehalt

Gut bezahltes Reichstagschwänzen

Auf Veranlassung des preussischen Innenministers ist gegen den Reichstagsabgeordneten und Regierungsrat von dem Ansehen des förmlichen Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung aus dem Amte eingeleitet worden.

Von dem Ansehen wurde bereits lange vor dem Reichstagswahlkampf am dem Düsseldorf-Regierungspräsidenten wegen seiner öffentlichen Betätigung für die Nazi-Partei seines Amtes entbunden. Seit dem Reichstagsauflösung wurde, bestimmten die Nazis den prominenten Propagandisten von dem Reichstagsabgeordneten. Nicht weit ist irgendwelche Qualitäten besitzt, sondern weil er von der preussischen Regierung gemahnt worden war. Die Reichsversammlung am 14. September brachte dann auch den Nazi-Regierungsrat in den Reichstag, so daß das gegen ihn schwebende Disziplinarverfahren unterbrochen werden mußte. Der Reichstag hat nun die Weiterverfolgung der Angelegenheit seine Zustimmung gegeben. Das Tolle bei diesem Nazi-Regierungsrat ist aber, daß er nun schon seit Monaten für Nichts und Wiederrichts nicht nur sein eigenes Gehalt kassiert, sondern außerdem monatlich auch noch mehrere hundert Mark Diäten erhält, obwohl er den Reichstag nur ein paar Wochen schwänzt. Wie bei dem Reichstagsabgeordneten, so ist es auch den Beamten der Nazi-Fraktion. Sie alle tun, obwohl sie den Reichstagschwänzen, keinen Dienst. Sie sind aber pünktlich zur Arbeit, wenn es für Nichts und Wiederrichts Gehalt kassieren heißt. Und wenn es heißt, ebenfalls für Nichts und Wiederrichts Diäten im Empfang zu nehmen.

Wenn wird diesen Schmarotzern, die dazu noch mit einer Freifahrkarte ausgestattet sind und täglich die große Mehrheit des Reichstages in der gemeinsten Weise beschimpfen, endlich das Handwerk gebrochen?

Nazi-Verstoß gegen das Uniformverbot

Am Sonntag, 10. März, am Sonntagabend wurden von der Polizei etwa 60-70 Nationalsozialisten, die in Uniform gekleidet in den Straßen der Stadt umhertreiben und zur Aufregung der Passanten ansetzen. Der Führer des Zuges meinte sich und wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsmacht zur Anzeige gebracht.

Das Ende der Kreuzzeitung?

Wie das Berliner Tageblatt erfahren haben will, wird die Kreuzzeitung, das 71ste Berliner Blatt der Reichszeit, das jetzt im 83. Jahrgang besteht, am 1. Juli ds. Js. ihr Erscheinen einstellen.

Ordensanwärter bei Hitler

Die Ehrenliste der Nazis

Wir haben dieser Tage die erhebliche Tatsache verzeichnet, wie Joseph Goebbels aus dem Geschlechte Hitler durch besondere Verordnung zu bestimmen geruhte, daß sämtliche SA-Mann - Offiziere und Gemeine - in Zukunft das „Hohheitszeichen“ des dritten Reiches zu tragen berechtigt sind.

Exerzitivismus ist jetzt einen Schritt weitergegangen. In seinem Leibblatt läßt er eine lange „Ehrenliste“ veröffentlicht. Sie tut kund und zu wissen, daß eine mehr oder weniger erhebliche Anzahl seiner untertänigen Getreuen für besonders eifrige Werbearbeit Ehrezeichen in verschiedener Abstufung erhalten haben. Wir finden zunächst folgende Rangstufen:

1. Die Große Goldene Hitler-Nadel
2. Die Kleine Goldene Hitler-Nadel
3. Die Große Silberne Hitler-Nadel
4. Die Kleine Silberne Hitler-Nadel
5. Die Bronzene Hitler-Nadel

In Anbetracht der nach Hitlers Ansicht festgestellten Mindestwertigkeit der Frau sollen seinen Anhängerinnen,

Neue Nazi-Deformation



Nach der großen, kleinen, goldenen, silbernen und bronzenen Hitler-Nadel hat Adolf der Große für besonders eifrig und gut verarbeitende Mitglieder den goldenen Hakenring gestiftet!

die bekanntlich alle noch den „Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Knoten“ an Stelle des Hakenkreuzes tragen, in Zukunft noch goldene, silberne oder bronzene Hitler-Hakenringe erhalten werden, und zwar in gleicher Abstufung wie die Männer-Nadeln.

Dem Sanitätsgehilfen von Nordern und ehemaligen Pastor Künzler ist, nach der gleichen Ehrenliste, für besonders erfolgreiche Werbung ein Auto (allerdings nicht aus Gold) verliehen worden.

Im übrigen geben wir im Nachfolgenden aus der heute neu vorliegenden Nazi-Chronik eine Reihe von Anwärtern für die Hitler-Nadel, wobei wir hinzufügen möchten, daß unserer Anschauung nach alle der Großen Goldenen Hitler-Nadel würdig sind:

Justizwachtmeister in Mannheim verhaftet

Hakenkreuz-Bangfinger im Landgericht

Die Neue Badische Landeszeitung berichtet:

Seit Jahren schon wurden in den Räumen des Mannheimer Gerichtgebäudes rätselhaft Diebstähle ausgeführt. Der Täter hatte es meist auf Bargeld abgesehen, das er in einem unbewachten Moment aus der Zivillenkasse der Herren Richter in den Bürosimmern stahl. Wer aber war der Täter? Dies war selbst in diesen heiligen Hallen des Gerichts nicht anzuklären. Da kam der Zufall zu Hilfe und es gelang, den eifrigen Bangfinger auf frischer Tat zu ertappen. Und da er sich das Ueberreife, daß ein Justizwachtmeister der Täter war, in seiner amtlichen Eigenschaft befand er sich mit Allen in dem Zimmer eines Landgerichtsrats. Das Unheil wollte es — d. h. für ihn war es ein Unglück, — daß der Landgerichtsrat unversehrt aus einer Sitzung in sein Büro zurückkam. Immerhin glückte es ihm noch, die schon entwendete Briefschloß in den Händen der Angeklagten zu lassen. Der Landgerichtsrat, als er später den Bericht seiner Briefschloß bemerkte, hatte aber Verdacht geschöpft und ließ den Justizwachtmeister durch einen Kriminalbeamten festnehmen. Nach anfänglichem Weigern bequeme sich der seit sechs Jahren schon im Dienst stehende Justizwachtmeister Heinrich Pfeiffer zu einem Geständnis.

Das Merkmal an dieser Geschichte ist, daß Pfeiffer sich als aktives Mitglied der Nationalsozialistischen Partei in Mannheim besonders hervorgetan hat, so sehr, daß er bei den letzten Gemeindevahlen an 20. Stelle in der Liste der Stadtverordnetenlandtagsabgeordneten figurierter. Er soll heute noch als Trommler dem Musikchor der Nationalsozialisten angeschlossen. Früher stand er in Diensten der Reichswehr.

Des Hakenkreuz-Frauenordens würdig

Nach dem Fall Kaufmann teilt die WPA von Dr. Helmut Klotz einen neuen Fall mit, der diesmal die weibliche Abteilung der Hakenkreuzler betrifft: Gegen die Leiterin des nationalsozialistischen „Deutschen Frauenordens“ in Berlin, Fräulein Elisabeth Zander (nicht zu verwechseln mit Helitta Widemann, Leiterin der „Nationalsozialistischen Frauenarbeitsgemeinschaft“, die verurteilt durch ihren eigenen Abwehrkampf gegen Eis- und Schnee, als viel mehr durch die erfolgreiche Sammlung von Geldern für die Goebbelsche Tageszeitung — man spricht von 40 000 Reichsmark — sich verdient gemacht hat) ist vor einem Jahr ein Verfahren vor dem „Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss“ der Hitlerpartei durchgeführt worden; man machte ihr bedenkliche Unregelmäßigkeiten in der Finanzverwaltung — Unregelmäßigkeiten zu ihren Gunsten! — zum Vorwurf.

Der Urteilspruch war vernichtend für Fräulein Zander. Lediglich der Fürsprache ihres Freundes Goebbels hatte sie es zu verdanken, wenn das Urteil, das ihren politischen und sonstigen Ambitionen ein jähes Ende bereitet hätte, inhibiert und der Definitivität vorenthalten wurde. Und es entbehrte nicht der Komik, daß Herr Goebbels in den Verfahren eintritt mit der klaffenden Begründung, das „Ansehen der NSDAP“ verträge eine solches Urteil gegen eine leitende Persönlichkeit der Partei nicht!

Ein Nachspiel ist noch zu verzeichnen: der damalige Vorsitzende des Berliner Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses, Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Jorna, legte als Protest gegen dieses „würdelose Verhalten“ des Gauleiters dieses sein Amt, dazu sämtliche sonstigen Ehrenämter in der Hitlerpartei nieder.

Der Kasseler Kommunistenprozess

Kassel, 10. März. Der Kasseler Kommunistenprozess, bei dem bekanntlich 97 Kommunisten angeklagt sind, konnte heute vormittags seinen Anfang nehmen, nachdem die 97 Angeklagten sämtlich erschienen waren. Die Angeklagten sind zum größten Teil junge Leute im Alter von 18 bis 25 Jahren. Die meisten sind nicht vorbestraft, dagegen befinden sich unter ihnen auch verschiedene mit Vorstrafen, daß ein Angeklagter, der bereits 18 Vorstrafen aufzuweisen hat. Die Beugen sind erst um Mittag geladen.

Badens Lebensmittelgewerbe

Die Umwälze in den badischen Bäckereien und Metzgereien

In der amtlichen Erhebung über die Umwälze in wichtigen Gewerbezweigen im Jahre 1927 werden auch die Ergebnisse nach Baden bestanden veröffentlicht. Demzufolge hat Baden insgesamt 4552 Bäckereien und 2690 Metzgereien, die als veranlagte Betriebe in Frage kommen. In Baden kommen auf je 10 000 Einwohner 20 Bäckereien und 12 Metzgereien. Das Bäckergewerbe ist somit bedeutend stärker vertreten und daher ist auch der Prozentanteil der Zweigbetriebe im größeren Ausmaß vorhanden als im Metzgergewerbe. Baden steht sogar weit über dem Durchschnitt im Reiche, wonach auf je 10 000 Einwohner nur 18 Bäckereien in Frage kommen; es ist aber auch günstiger bei den Metzgereien, wo im Reichsdurchschnitt 12 Betriebe entfallen.

Der Gesamtumsatz in den Bäckereien betrug 102,4 Millionen Mark oder durchschnittlich je Betrieb 22 496 Mark. Hier liegen wiederum die Bäckereiumsätze weit unter dem Reichsdurchschnitt mit 28 157 Mark. Ueber dem Durchschnitt lag weitaus Karlsruhe mit 35 218 Mark hinaus. Von den Bäckereibetrieben hatten weit mehr als die Hälfte, nämlich 2707, einen Durchschnittsumsatz unter 20 000 Mark. Diese Betriebsklasse konzentriert an dem Gesamtumsatz mit 29,7 Millionen Mark.

Dieser Befund beweist, wie ungemein stark in Baden der unrentable kleine Zweigbetrieb vertreten ist. Dieser Betriebsklasse stehen 1845 Bäckereien gegenüber mit einem durchschnittlichen Umsatz von je über 20 000 Mark und beherrichen den Gesamtumsatz mit 72,7 Millionen Mark. Im badischen Bäckereigewerbe konzentrieren sich über zwei Drittel des Gesamtumsatzes auf etwa 40 Prozent aller Betriebe. An der Umsatzsteuer ist das Bäckereigewerbe mit 0,76 Millionen Mark beteiligt. Auf den Gesamtumsatz von Brot- und Backwaren entfällt pro Kopf 44 Mark jährlich, er ist höher als der durchschnittliche Reichsumsatz pro Kopf mit 42 Mark.

Im Metzgergewerbe ist ein Gesamtumsatz von 107 Millionen Mark festzustellen. Die wirtschaftliche Kapazität der Metzgereien ist bedeutend höher als die in den Bäckereien. Im Durchschnitt ergibt sich pro Betrieb ein jährlicher Umsatz von 32 23 Mark gegenüber 34 527 Mark im Reichsdurchschnitt. Der Fleisch- und Wurstwarenverbrauch ist somit hinter dem durchschnittlichen Verbrauch im Reiche. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß in erster Linie die stark verteilte ländliche Bevölkerung erfahrungsgemäß ihren Bedarf an Lebensmitteln vorwiegend auf dem Wege der Selbstver-

orgung deckt. Sie kommt somit als Abnehmer für die Erzeugnisse des B.- und Metzgergewerbes in geringem Maße in Betracht.

Ueber den Landes- und Kreisumsatz hat beispielsweise Karlsruhe mit 99 435 Mark weit hinaus. Nach Gegenüberstellung kommt in den Metzgereien das umgekehrte Verhältnis gegenüber den B.-Betrieben in Erscheinung. Im Metzgergewerbe hatte der überwiegende Teil der Betriebe, nämlich 1850, je einen Umsatz von über 20 000 Mark und nimmt an dem Gesamtumsatz mit 122,6 Millionen Mark Anteil. Nur 840 Metzgereien weisen einen Umsatz von je unter 20 000 Mark auf und sind in dem Gesamtumsatz mit nur 8,1 Millionen Mark beteiligt. Im badischen Metzgergewerbe werden 94,2 Prozent des Gesamtumsatzes von 70 Prozent aller Betriebe getätigt. An dem Aufkommen der Umsatzsteuer ist das Metzgergewerbe mit 1,04 Millionen Mark beteiligt.

Der Verbrauch von Fleischwaren pro Kopf der Bevölkerung beträgt 61 Mark. Aber auch hier ist die badische Bevölkerung gegenüber dem Reichsverbrauch mit 72 Mark für Fleischwaren zurückgeblieben, wofür die wirtschaftliche Lage und die bereits oben erwähnten Gründe der Selbstversorgung der ländlichen Bevölkerung in Betracht zu ziehen sind.

Dieser interessante Einblick in die Betriebsgrößenverhältnisse zweier wichtiger Nahrungsmittelberufe zeigt erneut die Tatsache, daß hier der familienwirtschaftliche Zweigbetrieb den Warenmarkt beherrscht. Diejenigen Betriebe, die mit großen Umsätzen in Frage kommen sind nur in den Genossenschaftlichen in der Bäckereigewerbe zu finden. Privatkapitalistische Großbetriebe bestehen im Metzgergewerbe überhaupt nicht. Warum sich das Privatkapital nicht auf die fabrikmäßige Erzeugung von Brot und Backwaren geworfen hat, liegt wohl in erster Linie daran, daß das Bäckereigewerbe viele günstige Chancen aufweist, indem es Produktions- und Verkaufsgewerbe ist und für den Einkauf der Rohstoffe nur geringe Kapazitäten in Frage kommen die durch den täglichen Warenverkauf leicht und ohne Aufkündigung fremder teurer Gelder beschafft werden können.

Das Metzgergewerbe hingegen zeigt eine stark abhängige wirtschaftliche Struktur die daher bedingt ist, daß hier der Zweigbetrieb die Erzeugnisse des Bäckereigewerbes verarbeiten muß, aber der Mittel- und Großbetrieb durch größeren Kapitalbesitz härteren Eingangs finden konnte.

Letzte Nachrichten

Naziradau in München

München, 10. März. (Sta. Draht.) Im Münchener Stadtrat kam am Dienstag zu einem wilden Handgemenge zwischen den Fraktion der Nazis und der Bayerischen Volkspartei. Es war der Leiter der Fraktion, der als besonderer Brandstifter bezeichnet wird, durch die unerschrockenen Anführer des Naziradars (Deutsches Museum) bekannt ist, führte sich durch Ausführungen eines Stadtrats der Bayerischen Volkspartei beleidigt. Er inszenierte selbst mit seinen Gefolgsleuten sofort einen unehrenhaften Kampf. Die Nazis warfen mit Zentnerschweren und schweren Stühlen sich schließend mit den Nazis auf ihre Gegner, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte. Nach ihrer Wiederaufnahme des es fast noch einmal zu handgreiflichen Auseinandersetzungen gekommen, als die Nazis versuchten, die Aussprache der Metallarbeiter demokratisch für ihre Zwecke auszunutzen.

Eine schwere Schlägerei provozierten die Nazis auch in einer öffentlichen Versammlung in Remeten, in der Abgeordneter Friedrich Weimar sprach. Als der zur Diskussion zugelassene Redner die ihm eingeräumte Redezeit wesentlich überschritten hatte, wurde er aufgefordert, abzutreten. Im gleichen Augenblick warfen die auf der Tribüne anwesenden Nazi Weizsäcker in den Saal. Bei dem dann einsetzenden Tumult wurde mit zerbrochenen Tischen und Stühlen umgeworfen, bis es dem Saalführer des Reichsbanners gelang, die Kommissare hinauszuschleppen. Von den im Saal verbliebenen 10 Verletzten liegt einer mit schweren Kopfverletzungen darnieder.

Reichslandbund und Reichsregierung

Die gestern bereits mitgeteilte Kampfeinstellung des Reichslandbundes gegen die Reichsregierung läßt nach den Kommentaren der Deutschen Tageszeitung erkennen, daß eine eindeutige Haltung immer noch nicht ersichtlich ist, sondern daß mit dem Beschluß des Vorstandes die inneren Auseinandersetzungen über die Einstellung zum Reichsregierungsminister Schiele vorläufig noch vertagt sind. Von dieser Entwicklung hängt es auch ab, ob sich der Reichslandbund von nationalsozialistischen Einflüssen freimachen wird oder nicht.

Minderheitenprozeß in Polen

Czestochowa, 11. März. (Funkdienst.) Am Dienstag begann hier der Prozeß wegen der am 19. November von ehemaligen Aufständischen im Böhmerland verübten Gewalttätigkeiten gegen Angehörige der polnischen Minderheit. Der Tatbestand ist der, daß an dem betreffenden Tage zahlreiche ehemalige Aufständische in die Wohnungen der Angehörigen der deutschen Minderheit eindrangen, sie vollständig zerstörten und die Wohnungsinhaber vielfach mißhandelten. In mehreren brutalen Vorgängen waren auch der Volksschulleiter von Böhmerland und der Leiter der polnischen Schule beteiligt. Beide wurden kurz nach dem Vorfall von der polnischen Regierung ihres Amtes enthoben. Sie haben jetzt als Angeklagte mit vor Gericht. Bei der Verhandlung bekräftigten sämtliche Angeklagten ihre Schuld und versuchten, ihr Mißbehagen zu zeigen.

Deutsch-französische Katholikenkundgebung in Paris

In Paris fand am Montag eine deutsch-französische Katholikenkundgebung statt. Von deutscher Seite sprachen Abg. Joos und Abg. E. E. Weber. Von französischer Seite sprachen der französische Ministerpräsident Francois Mitterand und der Chefkatholik der katholischen Zeitung Action Populaire, Vater Desobry. Der Abg. Joos schilderte die verheerende Rolle der katholischen Kirche. Frau Weber entrollte ein erschütterndes Bild von der Arbeitslosigkeit in Deutschland, die gerade die Frauen und Mütter vor eine besonders tragische Aufgabe stellt. Sie betonte weiter, daß ohne Abklärung und ohne einschneidende Revision des gegenwärtigen Vertragszustandes kein wirklicher Friede in Europa möglich sei. Der französische Redner betonte, daß die deutsche Regierung seiner Rede entgegen und seine Rede lebendig auf einen Aufbruch entgegen den Krieg ein.

Volkswirtschaft

Die Direktion der AG-Bardensfabrik in Gredwin hat in einem Teil der Produktion bereits ab Montag eine vierstündige Arbeitszeit von 11 Stunden pro Woche ohne Lohnausgleich durchgesetzt. Dadurch ist die Produktion gegenüber der Arbeitslosigkeit dem Produktionsprozeß überzuführen.

Der Internationalen Autoshow in Berlin, die rund 350.000 Besucher aus allen Teilen Deutschlands und auch aus dem Ausland anlockte, ist mittlerweile ein harter geschäftlicher Erfolg geblieben. Die Zahl der Besucher hat sich gegenüber dem letzten Jahr um 20% erhöht. Da die meisten Firmen z. B. Zweier- und Viererwagen anbieten, die mit den Konventionen verbundenen Autos auf eine verhältnismäßig kleine Produktion eingestellt haben, dürften in der Nachkriegszeit die Berliner Autos bis weit in den Sommer reichen. Hinsichtlich der Autos, die für den Export bestimmt sind, wird es sich um einen erheblichen Teil der Produktion handeln, der sich leicht verkaufen wird.

Rußlands Roggendumpling

Der SPD schreibt uns: Sowjetrußland hat vor einigen Tagen ein deutsch-holländisches Konjunktur- und Getreidebündeln von 100.000 Tonnen Roggen verkauft und zwar zu dem Spottpreis von 120 Mark pro Tonne. Zu derselben Zeit kostete der Roggen in Berlin etwa 165 Mark. Die Reichsregierung befürchtet nun, daß dieser Preisrückgang von Rotterdam nach dem Rheinland eingeführt wird und dem deutschen Roggen dort unheimliche Konkurrenz macht. Deshalb erhob sie den Roggenzoll über Nacht von 15 auf 25 Mark, was die Einfuhr des russischen Schleichroggens zu verhindern.

Die Auswirkungen dieser Zollhöhung haben sich bereits an der Berliner Getreidebörse gezeigt, wo der Roggenpreis fürchter anstieg. Die Getreidebörse mußte unbedingt auf Preissteigerungen verzichten, da noch genügend Vorräte an deutschem Roggen vorhanden sind. Wir haben nun auf dem Standpunkt, daß gegen ein derartiges Dumping, wie es die Russen jetzt mit Hilfe des deutschen Getreidehandels inszeniert haben, etwas getan werden muß. Das zunehmende Ansehen der Zollhöhen können wir aber nur mit dem richtigen Mißtrauen betrachten. Es ist vor allem zu befürchten, daß die Regierung den jetzt erhöhten Zoll im Sommer nicht erhöhen wird. Fällt nun die künftige deutsche Roggenenernte etwas schlechter aus als im letzten Jahr, was bei der erfolgten Einschränkung des Roggenbaus schon möglich ist, dann werden wir auf die Einfuhr ausländischen Roggens angewiesen sein und dann wird sich der Zoll voll auswirken und das Brot verteuern.

Unter Mißtrauen wird durch die Stellung des Reichsregierungsministers in der Weizenfrage geklärt. Deutscher Weizen hat heute einen Wert von 120 Mark und die Terminpreise für Weizen liegen über 100 Mark. Wir haben Weizenknappheit in Deutschland. Die Regierung aber hält es nicht für angebracht, den überhöhten Weizenpreis zu senken.

Aus aller Welt

Freiwillig gestellt

Frankenthal, 10. März. Der am 1. Februar nach Unterhagau von 2000 M. zum Reich der Städtischen Sparkasse flüchtige gesungene fähige Verwaltungsjugend Hermann Kramer hat sich der heiligen Staatsanwaltschaft freiwillig gestellt und wurde in Unterhagauhaft genommen. Er hat sich zuletzt in Paris aufgehalten.

Dauer-Schneefall in der Schweiz

Bern, 10. März. In der gesamten Schweiz schneit es seit Samstag abend ununterbrochen. In Bern liegt der Schnee 90 Zentimeter hoch. In vielen Orten tragen die Weitzer und Wälderhütten und die Postboten, da sie mit Fährern nicht mehr vorwärts kommen, mit Stieren die Waren und Befehlsbündel aus. In Bern laufen die Kinder z. T. auf Stielen zur Schule. Seit 50 Jahren ist ein solcher Schneefall um diese Jahreszeit noch nicht vorgekommen.

Lavineneigung

Le Séven, 10. März. Am Sonntag vormittag ging eine gewaltige Lavinne vom Pic Chauvaux in der Richtung der Kirche von Les Moines nieder. Ein Bauerngehöft wurde teilweise zerstört. Die Familie bestehend aus Vater, Mutter und sechs Kindern konnte rechtzeitig fliehen.

Erdrutsch in Kanton Basel-Land

Etingen (Basel-Land), 10. März. Durch das vergangene Wochenende Regenwetter und die Schneefallperiode sind in der sogenannten Schmitte 60 bis 80.000 Kubikmeter Erdrutsch, teilweise bestehend aus Wald und teilweise aus fruchtbarem Kulturland, im ganzen eine Fläche von über einhundert Hektaren in Bewegung geraten. Bis gestern betrug die Abwärtsbewegung ca. 15 Meter. Da das unsichtbare diese Bewegung verursachende Wasser (wohl auch Grundwasser) nicht abgeleitet werden kann, so erscheinen Abwehrmaßnahmen aussichtslos.



Garniturenwechsel bei der SPD

Ein großer Schub ist augenblicklich unter der SPD-Fraktion im Gange. Eine Reihe kommunistischer Fraktionsekretäre, so der Reichstagsabgeordnete Neubauer in Düsseldorf, der sächsische Landtagsabgeordnete Krenn in Chemnitz, das Bürgerrechtlermitglied T. T. in Bremen sind als politische Leiter ihrer Funktionen entlassen und durch neue Leute ersetzt worden. Auch der Reichstagsabgeordnete W. W. in Bremen, politischer Leiter der Reichstagsabgeordnete W. W. in Bremen, wurde seinen Posten an den bisherigen Leiter des Reichstagsabgeordneten der Raten Hilfe, Schatzle, abgeben. Aus der Redaktion der Raten Hilfe haben die letzten Verstorbenen. Die Abgabe der Raten Hilfe ist ebenfalls ein großes Revirement eingetreten. Die Abgabe der Raten Hilfe ist ebenfalls ein großes Revirement eingetreten. Die Abgabe der Raten Hilfe ist ebenfalls ein großes Revirement eingetreten.

Seecht lernt Strategie

Kapitän Seebach erzählt in seinem letzten Brief: Kennzeichnend für Seecht ist ein gesellschaftlicher Vorkang, der sich für sich in seiner Wohnung abspielt. Er ist den aus ihm stammenden eingewanderten Fraktionen und Literaten Valeriu Marcu den anwesenden Franzosen vorstellte, glaubte er sich mit den Worten entschuldigen zu müssen: „Er ist zwar ein eitelhafter Jude, strategisch aber kann man eine Menge von ihm lernen.“ Der sächsische Gläubigen der Nationalsozialisten, wenn Seecht eines Tages Parteimitglied wird und seinen Intimus Marcu mitbringt.

Das sind uns nette Berufsleute, die von einem Literaten der sich aus Konjunkturgründen dem radikalen Sozialismus zum Militärischen bekehrt hat, noch strategisch zu lernen haben! Wenn die Partei es besser verstehen, sind Berufsleute überflüssig!

Württemberg kauft Münchener Gesandtschaft ab

Der Finanzausschuss des württembergischen Landtags beschloß auf einen sozialdemokratischen Antrag hin die württembergische Gesandtschaft in München mit Wirkung vom 1. April 1931 an aufzukaufen.

Deutscher Journalist aus Prag ausgewiesen

Der Vertreter der Leipziger Neuesten Nachrichten in Prag, Kornhuber, ist aus der Tschechoslowakei ausgewiesen worden. Den unmittelbaren Anlaß der Ausweisung bildete ein Artikel, in dem Kornhuber die tschechische Revolutionsgeschichte als eine Kette moralischer und materieller Delikte bezeichnet hatte. Die Ausweisung des deutschen Journalisten geschah auf Grund eines allen österreichischen Gelehrten aus dem Jahre 1870.

Segelflieger Hirth über den Dächern Neugotts

Neugotts, 11. März. Der bekannte Segelflieger Wolf Hirth führte gestern einen aufsehenerregenden Segelflug über den Dächern der Säuler Neugotts am Rinerstraße Drive und der 164. Straße aus.

Dummer Testamentsjäger

Vor wenigen Tagen fand ein Straßentrottel in unmittelbarer Nähe der Berliner Schlossbrücke ein Kästchen mit einem Schriftstück, das eine Art Testament enthielt und dem Finder, einem jungen Dresdener Mädchen, 1000 Dollar als Erbe in Aussicht stellte. Die ganze Geschichte hat sich jetzt als ein „Schern“ des Wiener Filmfabrikanten Ernst Winkler herausgestellt, der in jenen Tagen in Berlin war und in Aussicht gegeben hat, der Fabrikant der dummen und fragren Täuschung gewesen zu sein. Winkler hat sich bereits des Fiktion mit dem Straßentrottel in Konflikt geriet und mit Geld- und Gefängnisstrafen belegt wurde.

„Hilferite“

Ein Nationalsozialist in Hilden (Rheinland) hat seine neugeborene Tochter auf dem geschmackvollen Namen „Hilferite“ taufen lassen. Das Ständesamt mußte, da es auch schon Volkswirtin und Stahlhelminnen gibt, den Namen anerkennen.

Spielhöhlen bei Paris

Der seit langem schwebende Streit um die Wiedereröffnung des Spielkasinos in Engbien hat in der französischen Kammer keine Entscheidung erfahren. Mit 340 gegen 250 Stimmen wurde die Wiedereröffnung aller im Umkreis von 100 Kilometern von Paris liegenden Spielhöhlen beschlossen.

Rückgang der Rekrutierung in England

Der Jahresbericht des britischen Seeres wies besonders auf den starken Rückgang in der Rekrutierung während des letzten Jahres hin, das am 30. September abschloß. Dem Bericht zufolge ist die Rekrutenwerbung während dieses Jahres die niedrigste seit dem Kriege gewesen. Die Zahl der Rekruten betrug nur 26.550. Die gesamte Seeresstärke belief sich auf insgesamt 196.222 Köpfe (11.708 Offiziere und 184.514 Unteroffiziere und Mannschaften), während der Vorschlag eine Gesamtstärke von 207.492 vorgegeben hatte. Ebenso betrug die Stärke des Territorialseeres und der Reserve im Gegensatz zu dem Vorschlag von 536.932 nur 477.792 Offiziere und Mannschaften. Dieser Rückgang wird zum Teil auf das allgemeine Bestreben der Arbeitgeber zurückgeführt, ältere Leute durch jüngere zu ersetzen.

Wilhelms Schwager will Kellner bleiben

„Hier werden Sie vom Schwager des Kaisers bedient.“ So steht es in großen Lettern am Eingang einer Kneipe in Luxemburg zu lesen, in der Alexander Zoubkoff als Kellner beschäftigt ist. Dieser Skandal scheint den ehemaligen Kaiser in seinem Altersheim in Doorn keine Ruhe lassen zu haben. Er entsandte eine Hofdame, um mit dem unmöglichen Schwager einen Vertrag abzuschließen. Zoubkoff sollte irgendwo ein kleines Landhaus und eine jährliche Rente erhalten, wenn er sich verpflichtet, vom Schauspiel zu verschwinden. Der Kellner Zoubkoff aber zeigte sich nicht tauglich. Er fürchtet allzu sehr, daß der Kaiser ihn, wenn er ihn erst einmal in der Hand habe, bald in einer Irrenanstalt internieren lasse. Zoubkoff will daher in Freiheit bleiben, wenn auch nur als Kellner.

Partei-Nachrichten

Grünwettersbach. Es sei heute schon darauf aufmerksam gemacht, daß am kommenden Samstag, 14. ds. Mts., abends 8 Uhr, hier im Gasthaus zum Adler eine öffentliche Wählerversammlung bezüglich der am Sonntag, 15. ds. Mts. stattfindenden Gemeindevahl stattfindet, in der Genosse Max Lomberg-Vorsheim als Referent sprechen wird über das Thema: „Der Volksbezug der Nationalsozialisten“. Ferner wird Genosse Bürgermeister Lehmann zur bevorstehenden Wahl selbst sprechen. Die gesamte Einwohnerschaft ist hierzu freundlichst eingeladen. Freie Diskussion!

Aus der Stadt Durlach

S.M.J. Durlach. Heute abend findet keine Probe statt, dafür muß morgen abend alles reiflos erscheinen. Anfang Punkt 8 Uhr in der Turnhalle. Probe für alle. Die nächsten Proben werden am Donnerstag abend bekanntgegeben. Gleichzeitige findet am Donnerstag, abends halb 9 Uhr, im Heim die Filmaufnahme „Selbst ist der Mann“ statt.

Das dritte Reich im Anzug

Der große Adolf wird persönlich sprechen im politischen Kabarett „Der rote Faden“ am Samstag abend 8 Uhr im Kamenial. Eintritt 60 Pf. Erwerblos und Jungendliche 30 Pf.

Berliner Devisennotierungen Mittelkurs

	10. März	9. März
Amsterdam 100 fl.	168.24	168.58
Italien 100 l.	21.98	22.02
London 1 Pf.	0.383	0.423
Frankfurt 100 M.	4.196	4.204
Paris 100 fr.	16.422	16.482
Brag 100 kr.	12.479	12.449
Schweden 100 kr.	80.74	80.90
Spanien 100 pes.	45.91	46.01
Schweden 100 kr.	112.30	112.52
Schweden 100 schilling	58.97	59.09

Verantwortung: Georg Schöpfung. Verantwortlich: Volker, Staat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: E. Gräbebaum, Landtag, Gemeindefürsorge, Nachrichten, Kleinblatt, Chronik, Aus Württemberg, Durlach, Übersetzung, Neugotts, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlstraße, Gemeindepolitik, Politik, Bundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Forum, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Giesele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche Wohnstätten in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft „Volksfreund“ G.m.b.H. Karlsruhe.

... und gibt es immerhin ein Fleisch, so weiß man zu kochen, also ein Fleisch.

MAGGI'S Bratensoße

Wunderlich und köstlich. 1 Dose für 4 Personen.

Bekannte Pianist, große Staatsmänner und volkstümliche Persönlichkeiten haben sich Doppelgänger. Ihr Nachbarn wird mit Vorliebe nachgemacht, weil man sich einer gar zu gern mit ihnen verwechselt werden möchte. Und genau wie mit berühmten Personen, so ist es mit Waren von überlegender Güte. Auch sie werden nachgemacht. Nicht Brand ist ein Beispiel dafür. Sein Nachbarn, also sein Name und seine Verpackung, wurde unähnliche Weise nachgemacht, trotzdem seine Qualität unerreicht ist. Damit nun alle Nachahmungen von Nicht Brand mit der Kaffeemühle auf den ersten Blick zu erkennen sind, erhielt er den geschäftlichen Markennamen „Mühlen Brand“ und eine neue, schöne Packung. Volkstümlicher Preis und sehr große Ausgiebigkeit machen „Mühlen Brand“ zur richtigen Würze für jeden Kaffee. Und das damit zubereitete Kaffeegetränk? Wirklich fein!

Aus dem Gerichtssaal

Schwurgericht Karlsruhe

Im Karlsruhe, 9. März. In nichtöffentlicher Sitzung hatten sich heute vor dem Karlsruher Schwurgericht die 19jähr. Rosa Ziegler aus Märlsch, die 20jährige Näherin Lina Maifisch aus Rünzurr und der 26jährige Bahnarbeiter Wilhelm Weber aus Obermeter wegen

Meineids

zu verantworten. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, in einem vor dem Amtsgericht Ettlingen anhängigen Unterhaltsprozeß im Juni 1930 falsche Angaben durch einen Eid bekräftigt zu haben. Erster Staatsanwalt Weisker einnahm die Ansicht, neun Monate Gefängnis, gegen die Pleier einnahm sechs Monate Gefängnis und gegen Weber einmündig Jahre Zuchthaus. Die Verteidiger traten für ein milderes Strafmaß ein. Nach zweifündiger Beratung verurteilte das Schwurgericht die Maifisch zu sechs Monaten Gefängnis abzüglich ein Monat Untersuchungshaft, die Ziegler zu einem Jahre Zuchthaus abzüglich vier Monate Untersuchungshaft, sowie 2 Jahren Ehrverlust, Weber zu 1 Jahre 6 Monaten Zuchthaus abzüglich drei Monate Untersuchungshaft, sowie fünf Jahren Ehrverlust. Bei der Ziegler und Weber wurde außerdem auf dauernde Eidesunfähigkeit erkannt.

Der tödliche Messerstich

Im Karlsruhe, 10. März. Unter starkem Andrang des Publikums verhandelte heute das Karlsruher Schwurgericht (Vorstand: Landgerichtspräsident Dr. Rudmann) gegen den 45jährigen verheirateten Schneider August Seufert aus Mannheim. Die vom Ersten Staatsanwalt Hofmann vertretene Anklage lautet auf

Körperverletzung mit nachfolgendem Tode

Der Angeklagte wird beschuldigt, am 10. November 1930, morgens zwischen 3 und 4 Uhr im Raub auf der Leinwandstraße zwischen Kirtlach und der Reichsbahnkellerei Kirtlach den 29jährigen ledigen Fuhrmann Anton Seeger aus Kirtlach mit einem Taschenmesser einen Stich in die linke Brustseite beigebracht zu haben, der das Herz und die Leber verletzte und den alsbaldigen Tod des Seeger zur Folge hatte.

Der Angeklagte hat mehrere schwere Krankheiten durchgemacht und acht an 2 Stößen. Er ist nicht weniger als 2mal vorbestraft wegen Diebstahl- und Eigentumsdelikten, ferner wegen Zuhälterei und Sittlichkeitsvergehens, das er an seiner Stieftochter begangen hatte. Er bezeichnet sich selbst als „Lebensschwermel“. Im Jahre 1929 heiratete er seine Frau, mit der er vorher jahrelang unehelich zusammenlebte. In der Ehe gab es öfters Streit meist wegen der Stieftochter Anna, deren Lebenswandel zu Beanstandungen Anlaß gab und die deswegen in Fürsorgeerziehung verbracht wurde. Eines Nachts — es war im Jahre 1927 — ist sie zu Hause durchgebrannt. Der Angeklagte besitzt 60 A. Unterfrucht und verdient im übrigen durch arbeitsfreie Vorführungen auf Jahrmärkten und Kirchweihen, sowie durch Souvenirhandel seinen Lebensunterhalt.

Der Angeklagte betreibt nicht, den Seeger durch einen Messerstich getötet zu haben; er habe jedoch in Notwehr gehandelt. Am 9. November weilte er nach seinen Angaben mit seiner Frau und seiner Stieftochter Anna in Schwetzingen, wo sie in verschiedenen Lokalen durch arbeitsfreie Vorführungen die Gäste unterhielten. Gegen 1/2 11 Uhr kamen sie nach Kirtlach. Frau und Tochter hielten sich in der Wirtschaft zum „Löwen“ auf, während er in einem anderen Lokal haushierte. Als er in den „Löwen“ zurückkam, sah Seeger am Tische bei seiner Frau und der Tochter, mit der er anhänglich war. Seeger forderte den Angeklagten auf, einen Liter Wein zu trinken. Darauf versetzte er, er trank jedoch am Büfett zwei Glas Bier, die von Seeger bezahlt wurden. Seeger mußte sich, wie der Angeklagte erklärte, denken, daß er mit dessen Unüberlegenheit, auf die seine Tochter offenbar einging, nicht einverstanden war. Der Tochter bestellte Seeger ein Glas Wein und verfuhrte handgreiflich zu werden. Der Angeklagte duldete dies nicht und wies Seeger, der angetrunken war, mit den Worten zurück: „Das, was Du willst, kann ich nicht machen. Ich führe keine Karten heutzutage!“ Seeger habe mit Bezug auf die Tochter des Angeklagten bemerkt: „Die bist hier. Heute gibst noch etwas“. Darauf verließen die Angeklagte und seine Angehörigen die Wirtschaft. Sie begaben sich nach der Wirtschaft „Zum Waldpar“, wozu ihnen Seeger folgte. Dort wollte Seeger dem Angeklagten einen Liter Bier bezahlen, der Wirt schenkte aber, da die Kasse für den Tag bereits überschritten war, nichts mehr ein. Darauf verließ die Gesellschaft das Lokal. Der Angeklagte wollte durch den Wald nach der Reichsbahnkellerei gehen, um von dort mit dem Zuge nach Mannheim zu fahren. Der Bahnhof ist etwa eine halbe Stunde Wegs entfernt. Seeger lief ihnen nach und umfachte unterwegs die Tochter des Angeklagten von hinten. Frau Seufert habe ihm zugerufen: „Halt, das geht nicht“. Darauf habe Seeger geantwortet: „Was willst denn Du Dreifach?“ Der Angeklagte verwehrte sich hiergegen und forderte Seeger auf, sie in Ruhe zu lassen. Darauf habe ihm Seeger gedroht: „Dir schlage ich noch Deinen anderen schweren Knochen ab“. Seeger habe darauf Miene gemacht, ihm einen Schlag zu versetzen, was ihn veranlaßte, eilends Meter nach der Wirtschaft „Waldpar“ zu wegsaulaufen, bis er Seeger nicht mehr sah. Später sei ihnen Seeger wieder gefolgt, habe durch die Finger geipfen und gelacht: „Da hinten kommen noch fünf andere“. Wütend habe ihm Seeger mit beiden Händen angefaßt und gedroht: „So, Schenker, mit Dir rechne ich jetzt ab!“ Er habe Angst gehabt, Seeger hätte ihn „töten“ wollen. Er dachte, Seeger hätte noch fünf Bekkerscheller in der Nähe. Aus Notwehr habe er das Messer gezogen und zugestoßen. Seeger sank zu Boden. Er hob die Wunde zu und sagte noch: „Ich muß jetzt hierben wegen dem.“ Er starb wenige Sekunden darauf. Ohne sich um den Getöteten zu kümmern, ging der

Angeklagte zur Bahn und fuhr nach Mannheim, wo er von zwei Kriminalbeamten verhaftet wurde. Seiner Frau hat er als die Frau, die Seeger erschossen hat.

Als Zeugen werden zunächst Gendarmriebeamt v. n. n. n., die befunden, daß Seeger in nichternem Zustand ein einwandfreier und harmloser Mensch war; in betrunkenem Zustand zeigte er eine stärkere Neigung zum Schwachen Geschlecht. Bei der ersten Vernehmung machte der Angeklagte einen bedrückten Eindruck. Er gesteht erst von den ihm feststehenden Kriminalbeamten, daß der Messerstich den Tod des Seeger zur Folge hatte. Seeger war der Sohn arbeitsloser Eltern.

Der Zeuge Peter Seeger, der sich in der fraglichen Nacht in der Begleitung des getöteten Seeger befand, mit diesem jedoch nicht verhandelt hat, gibt an, Seeger sei nicht auf Streit aus gewesen. Der Zeuge hätte in der Dunkelheit einen starken Schlag und hätte die letzten Worte des Seeger mitgehört. Seeger sei in friedlicher Absicht zu dem Angeklagten gegangen, in der Absicht, diesen umzustimmen. Die Frauen befanden sich etwa 8 bis 10 Meter von dem Zeugen entfernt. Der Zeuge hat weder die Verletzung Seegers „dort hinten kommen noch hinter“ noch die Drohung „Jetzt rechne ich mit Ihnen (Seufert) ab“ gehört. Er hätte sie aber, wenn sie gefallen wären, bei der geringen Entfernung hören müssen. Der Zeuge hörte jedoch, daß Seufert zu Seeger sagte: „Gehen Sie hier weg, ich will nichts von Ihnen.“ Seeger sei angetrunken gewesen. Der Wirt des Lokals „Zum Saltpunkt“ erklärt, Seeger sei in angetrunkenem Zustand freizeugig und zerstreut gewesen; er habe Angst vor ihm gehabt und es sei ihm leichter gemorden, als dieser „Unhold“ ist war. U. a. wurde auch die Frau und die Tochter des Angeklagten vernommen, die Seufert zu entlassen suchten. Als Sachverständige wurde Prof. Dr. Schwarzscher, der feststellte, daß der Stich mit großer Wucht geführt worden sein mußte und Bestrahlung Medizinrat Dr. Schütz, der sich über den Leichenfund äußerte, gehört.

Erster Staatsanwalt Hofmann führte aus, im vorliegenden Falle handele es sich um eine strafbare Uebergründung der Notwehr. Unter Zuhilfenahme mildernder Umstände beantragte er wegen Körperverletzung mit Todesfolge eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. — Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Lang, trat für Freisprechung ein, da der Angeklagte in Notwehr gehandelt habe. Das Schwurgericht verurteilte August Seufert wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten unter Anwendung von vier Monaten Untersuchungshaft. Die Frage für das Schwurgericht war, ob der Angeklagte in Notwehr gehandelt hat. Diese entscheidende Frage hat das Schwurgericht bejaht, deshalb weil mit absoluter Sicherheit der ganze Vorgang des Falls nicht feststeht und auch die Aussagen des Zeugen Peter Seeger in dieser Beziehung kein klares Bild gebracht haben. Das Gericht mußte deshalb zugunsten des Angeklagten annehmen, daß in dem Augenblick, als der getötete Seeger auf den Angeklagten zuging, der Angeklagte dieses Zusammentreffen als einen Angriff gegen ihn aufzufassen hat.

Bürkle-Prozeß

Berlin, 9. März. Im heutigen ersten Verhandlungstage des Konkursprozesses gegen den Sachverständigen Konrad Bürkle a. n. n. ein Gutachten über die Bürkle-Bank ab. Er erklärte, daß die Bürkle-Bank bei Einstellung ihres Kapitals auf fremde Mittel ein mit der Wirtschaftslage für das Bankgewerbe nicht in Einklang stehendes System entworfen habe. Die Bankpartner seien nicht aus Pacht, sondern aus Zinsenrenten hervorgegangen. Die Bewilligung der Kredite sei gegen Grundschuldbriefe erfolgt, die ordnungsmäßig auf die Bürkle-Bank vom Grundbesitzer übertragen wurden und die Uebertragung von Konten habe meist den Vermerk enthalten, daß sie zur Sicherung des Kredits in laufender Rechnung gelasse. Auf Seiten der Geldgeber habe in Bezug auf die Annahme der Sicherheiten eine gewisse Oberlässigkeit bestanden und es sei für sie hauptsächlich die Mobilität der Bestimmung gewesen. Die Weiterbegebung der Grundschuldbriefe der Bank an dritte sei ohne Einwilligung der Kunden erfolgt. Ob in einzelnen Fällen die Bankleiter von einer unredlichen Absicht geleitet wurden, sei nicht genau festzustellen. Bei Konkursöffnung seien etwa 1,8 Millionen RM. Grundschuldbriefe in Umlauf gewesen, die bei der Begebung an die Geldgeber der Bank einen inneren Wert von etwa 1,5 Millionen RM. hatten, während der Wert bei Konkursöffnung 1,4 Millionen RM. betragen habe.

Als zweiter Sachverständiger führte Bankdirektor a. D. Höbel u. a. aus, daß der Zusammenbruch der Bank, deren Geschäftsgang glänzend gewesen sei und die im Jahre 1928 einen Umlauf von 199 Millionen RM. gehabt habe, auf die ungeheuren Spekulationen in Effekten, die Art der Kreditgewährung, die Entnahme außerordentlich hoher Beträge durch die Inhaber und die Zinspolitik zurückzuführen sei. Die Märzverträge Liebers hätten niemals eine Sanierung der Bank, höchstens eine bessere Liquidität ermöglichen können. Eine Sanierung wäre nur durch Zuführung neuer Mittel zu erreichen gewesen, da bei der Vertragsabmachung eine Unterbilanz von 2 Millionen RM. zu verzeichnen war.

Im Anschluß an die Ausführungen von Bankdirektor a. D. Höbel beantragte der anwesende Zeuge Peter Seeger eine einzelne Punkte. Er wies vor allem Dinge an, die sich aus dem Gutachten über die Bürkle-Bank bei Einstellung ihres Kapitals auf fremde Mittel ein mit der Wirtschaftslage für das Bankgewerbe nicht in Einklang stehendes System entworfen habe. Die Bankpartner seien nicht aus Pacht, sondern aus Zinsenrenten hervorgegangen. Die Bewilligung der Kredite sei gegen Grundschuldbriefe erfolgt, die ordnungsmäßig auf die Bürkle-Bank vom Grundbesitzer übertragen wurden und die Uebertragung von Konten habe meist den Vermerk enthalten, daß sie zur Sicherung des Kredits in laufender Rechnung gelasse. Auf Seiten der Geldgeber habe in Bezug auf die Annahme der Sicherheiten eine gewisse Oberlässigkeit bestanden und es sei für sie hauptsächlich die Mobilität der Bestimmung gewesen. Die Weiterbegebung der Grundschuldbriefe der Bank an dritte sei ohne Einwilligung der Kunden erfolgt. Ob in einzelnen Fällen die Bankleiter von einer unredlichen Absicht geleitet wurden, sei nicht genau festzustellen. Bei Konkursöffnung seien etwa 1,8 Millionen RM. Grundschuldbriefe in Umlauf gewesen, die bei der Begebung an die Geldgeber der Bank einen inneren Wert von etwa 1,5 Millionen RM. hatten, während der Wert bei Konkursöffnung 1,4 Millionen RM. betragen habe.

Kleine bad. Chronik

Spöck. Zu Gunsten der hiesigen Notgemeinschaft fand Sonntag nachmittags auf Veranlassung des Arbeitervereins „Vassalla“ ein Kirchenkonzert statt, das sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte. Nach einem Eingangsgebet mit nachfolgender Schriftlesung durch den Organisten, Herrn Max Weber, gab die „Vassalla“ der Feier mit Fr. Schuberts weihnachtlichem Sanctus einen würdigen Auftakt für die nun folgenden wechselseitigen Schriftlesungen und Chorgesänge. Der Gesangsverein „Eintracht“ trug den „Benedictus“ von A. Zwilling und „Wanderers Nachtlied“ von C. M. Weber vor und bot damit zwei wohlklangene Leistungen. Der „Liederchor“, der an Sängerszahl stärkste hiesige Verein, wartete mit Mozarts „Benedictus“ auf und brachte als abschließenden Chor L. v. Beethovens „Die Himmel rühmen des ewigen Erbes“ mit Orchesterbegleitung zu Gehör. Mit dem zweitletzten Chorvorsatz, Mozarts „Himmelslied“, „Gebet“, „Auf der Andacht heilgen Hügel...“ aus der Oper „Così fan tutte“, hinterließ die „Vassalla“ einen starken, nachhaltigen Eindruck und bot mit dem für diesen besonderen Zweck wie eigens geschaffenen Chor eine hervorragende Leistung. In seiner Schlussansprache wies Max Weber eindringlich auf die enorme Arbeitslosigkeit und die daraus folgende große, allgemeine Not hin, und ermahnte mit treffenden Worten diejenigen zu tätiger Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft, die noch in der glücklichen Lage sind, Arbeit und Verdienst zu haben. Mit einem allgemeinen Gelang endete die würdige Feier.

Schriesheim bei Seldersberg. Die Gendarmerie hat drei Leute von hier, darunter zwei verheiratete, ermittelt und verhaftet, die vorige Woche auf dem israelitischen Friedhofe Grabsteine demolierten und umwarfen.

Schwabhausen Amt Laubersbühl. Der im 84. Lebensjahr stehende Landwirt Wilhelm Forberger starb in der Nacht zum Montag von einer Treppe seines Wohnhauses und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er nach wenigen Tagen starb.

Mannheim. Seit Jahren schon wurden in den Räumen des Mannheimer Gerichtsgebäudes rätselhaft Diebstähle ausgeführt. Der Täter hatte es meist auf Bargeld abgesehen, das er in einem unbewachten Augenblick aus der Briefkastlade der Richter in dem Bürosimmer raubte. Es ist nunmehr gelungen, den Dieb in der Person des seit 6 Jahren im Dienst stehenden Justizwachmeisters Heinrich Kestler zu ertappen. Er ist gefänglich.

Mannheim. Nach vorausgegangenem Wortwechsel gab ein 53jähriger Fabrikarbeiter in einer Stechierhalle einem 34 Jahre alten Fuhrmann, der in stark angetrunkenem Zustand die Gasse belästigte, einen Stoß, so daß der Fuhrmann auf den Hinterkopf stürzte und mit einer Gehirnerschütterung in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Mannheim-Rheinau. Gestern vormittag 10 Uhr wurde der 55 Jahre alte arbeitslose Georg Waag von Rheinau, als er sich auf dem Weg zum Arbeitsamt Weisker befand, unterhalb der Altrieder Straße von einem Lankauto mit Anhänger überfahren und auf der Stelle getötet.

Alle Hausfrauen, die bislang wirtschaflich und doch zufriedene Gesichter am Familientische haben wollten, seien darauf aufmerksam gemacht, daß schon wenige Tropfen der altbewährten Maggi-Würze die Speisen um auch den mit bezaubernden Mitteln hergerichteten Speisen prächtig bogig machen zu geben. Sonntag teure Zustände macht Maggi's Würze entbehrlich.

Sodenheim. Die hiesige Großverkaufsgesellschaft beschäftigt wieder 300 Personen. Die Firma Sellental u. Co. hat bereits wieder 85 Personen eingestellt. Es ist somit in der nächsten Zeit mit einer Besserung in der hiesigen Zigarrenindustrie zu rechnen.

Blozheim. Großes Aufsehen erregt hier die Nachricht vom dem Selbstmord eines etwa 45 Jahre alten verheirateten Sekretärs. Er soll in einer Unterhaltungsstunde mit einem jungen Mädchen verweilt sein und hat sich kurz vor der angelegten Gerichtsverhandlung mit Kanakali vergiftet. Der Vergiftete war in verschiedenen Ehrenämtern tätig.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die Luftdruckverteilung über Europa hat sich nunmehr geändert. Ueber Mitteleuropa sind Hochdruckgebiete entstanden, an deren Rückseite über Westeuropa maritime Polarluft aus dem nordwesteuropäischen Hochdruckgebiet nach dem Festlande vordringt. Die Auswirkung dieses Wechsels in der Luftzufuhr hat sich bei uns lediglich als Drehung des Winterwetters von Nordost nach Nordwest geäußert. Im übrigen wird das winterliche Wetter anhalten.

Wetterausichten für Donnerstag, 12. März 1931:

Vorüber des winterlichen Frostwetters. Nach vorübergehender Auflockerung wieder neue Schneefälle.

Wasserstand des Rheins

Basel 115, gef. 5; Waldshut 296, gef. 14; Schaffhausen 180, gef. 10; Rehl 338, gef. 10; Mainz 530, gef. 20; Mannheim 475, gef. 24 Zentimeter.

Gewerkschaftliches

Der Schiedspruch in der bad. Textilindustrie vor dem Reichsarbeitsministerium

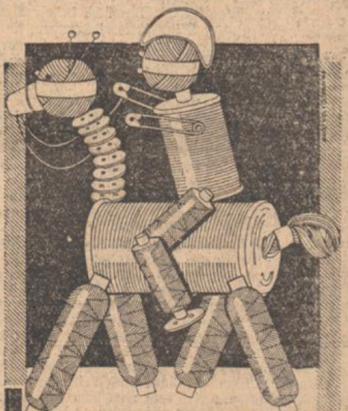
Karlsruhe, 10. März. Die Nachverhandlungen über den Schiedspruch in der badischen Textilindustrie der vom badischen Landeslichter geführt worden war und bekanntlich eine großzügige Lohnsteigerung vorlieht, haben heute in Berlin im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Sie haben fünf Stunden gedauert. Die Entscheidung über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches wird morgen erfolgen.

Der Konflikt bei der Reichsbahn

Die Verhandlungen zwischen Reichsbahn und Gewerkschaften über eine Lohnhöhung haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Reichsbahnhauptverwaltung wird nunmehr die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragen.

Auskünfte der Redaktion

§ 100. Am 1. März ist eine weitere Preiserhöhung seitens der Brauereien nicht erfolgt, auch nicht von der Brauerei Mannheim. Ein Aufschlag seitens des Wirtes ist deshalb ungeduldet.



KURZWAREN

Reiche Auswahl für die Frühjahr-Schneiderei!

- Lockennadeln Brief 2/
- 2 Dtz. Sicherheitsnadeln 5/
- Nähkunstseide in 101 Farben 5/
- Schneidermaße Stück 9/
- Kopierblätter Stück 10/
- 3 Dtz. Druckknöpfe garantiert rostfrei 10/
- 3 Stück Nadeln für 10/
- Nadelmappe 10/
- 10 Stück Bubikopfnadeln 10/
- Sternzwirn 3 Stern 10/
- Reihgarn 20 Gramm-Rolle 10/
- Handfaden Rolle 10/
- Maschinenfaden 200 Mtr.-Rolle 10/
- Schuhanziehler Stück 10/
- Gardinenkordel Leinen, 7 m 10/
- Halbleinenband 3/2 Meter 10/
- Nähnadeln 5 Brief 10/
- Nahtband 10 Mtr.-Holle 10/
- K'seid. Gummilitze 3 Mtr. 10/
- Damen-Strumpfhalter Paar 15/
- Armblätter Paar 25/ 15/
- Stopfwohle 5 verschied. Farben 15/
- Nähzeug für die Handtasche gestellt Dose 18/
- Stopfgarn 10 Knäuel in Farb. 30ct. 25/
- 6 Paar Schuhnestel 100 cm 25/
- Stahlstecknadeln 100 Gramm 25/



KAMMER

Kaiserstraße 168

Lichtspiele

Heute Mittwoch 3 1/2 Uhr Premiere

Der Liebesexpress

Ein herrlicher Tonfilm von Niveau! Ein Film für den verwöhntesten Geschmack!

8 Tage Glück - 8 Tage Venedig - 8 Tage Sonne, Süden, Leidenschaft

Der goldene Traum eines lieben kleinen Mädchens, der zur Wahrheit - und zum Schicksal wurde

Dina Gralla als angehende Millionärin Georg Alexander als der Herr Privatsekretär

Zum 1. Male Josef Schmidt der neuentdeckte Star am Tonfilmm Himmel und beliebte Berliner Rundfunk-Tenor im Tonfilm

In löbendem Beiprogramm: Flock und Flickie in Holland, Ufa-Wochenschau usw.



Dem verehrten Publikum von Karlsruhe und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß wir durch den Einbau einer der modernsten hochwertigen Tonfilm-Apparate sowie durch günstige Abschlüsse der bedeutendsten Filmwerke, stets in der Lage sein werden, den verwöhntesten Ansprüchen unserer werten Besucher gerecht zu werden

Eintrittspreise: 2. Platz Mk. -80, 1. Platz Mk. 1.10, Sperrsitz Mk. 1.40, Logo Mk. 1.80. Kleinrentner, Erwerbslose u. Jugendliche nachmittags Preisermäßigung

Jugendliche haben Zutritt

Gelegenheitskauf!

2 Bücherdränke Höhe 100 breit

5 Grammophonhöfen Höhe mit Musikant

vollständig neu, die an Zahlungsart über-

nommen werden, günstig abzugeben. An ragen

unter Nr. 2212 an das Volkstheaterbüro erbeten.

Am der Gemeinde: 30 Linien in die Gemein-

schaften. Beobachtungsgebiet ist die Gemein-

schaften. Die Behörden sind durch alle Gemein-

den 15 km Umkreis. Für den Sperrzeit-

raum 8 Beobachtungsgebiet und den 15 km Um-

kreis gelten die gemeinsamen Bestimmungen

der §§ 102-104 und 108 der Ausführungs-

Verordnungen zum Grundbuchgesetz.

Carlsruhe, den 9. März 1931. C. 3.31

Notariatsamt, Abteilung IV.

Grundstücks-Zwangsersteigerung

5 V.T. 42.30

Am Zwangswege versteigert das No-

tarat am

Samstag, den 25. April 1931,

vormittags 9 1/2 Uhr,

in seinen Diensträumen in Karlsruhe,

Kaiserstraße Nr. 184, 2. Stock, Zimmer

Nr. 13, die unten beschriebenen Grund-

stücke des Otto Baitian, Kaufmann in

Karlsruhe und dessen Ehefrau Elisabeth

geb. Kiedel, auf Gemartung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 17. Janu-

ar 1931 und 17. Februar 1931 im Grund-

buch vermerkt. Die Nachweilungen

über die Grundstücke samt Schätzung

liefert die Grundstücke samt Schätzung

Grundstücks-Zwangsersteigerung

5 V.T. 1.31

Am Zwangswege versteigert das No-

tarat am

Dienstag, den 28. April 1931,

vormittags 9 Uhr,

in seinen Diensträumen in Karlsruhe,

Kaiserstraße Nr. 184, 2. Stock, Zimmer

Nr. 13, die unten beschriebenen Grund-

stücke des Otto Baitian, Kaufmann in

Karlsruhe und dessen Ehefrau Elisabeth

geb. Kiedel, auf Gemartung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 17. Janu-

ar 1931 und 17. Februar 1931 im Grund-

buch vermerkt. Die Nachweilungen

über die Grundstücke samt Schätzung

liefert die Grundstücke samt Schätzung

Mitglieder-Verammlung

des Karlsruher Männervereins

vom roten Kreuz

Freiwilige Sanitätskolonne.

Am Mittwoch, den 25. März d. J. abends

8 Uhr, findet im Eigen Saal des Volksthe-

aters, Kaiserstraße 74, Karlsruhe, die

25-jährige Jahrestagung statt.

Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

2. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

3. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

4. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

5. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

6. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

7. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

8. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

9. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

10. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

11. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

12. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

13. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

14. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

15. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

16. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

17. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

18. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

19. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

20. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

21. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

22. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

23. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

24. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

25. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

26. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

27. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

28. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

29. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

30. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

31. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

32. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

33. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

34. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

35. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

36. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

37. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

38. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

39. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

40. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

41. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

42. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

43. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

44. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

45. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

46. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

47. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

48. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

49. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

50. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

51. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

52. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

Wer stieck

Buchstaben auf

einer St. Ger-

tenmaschine

Arbeits- und N. 29

an das Volksthe-

ater

K.F.V.-Platz

Mittwoch, 11. des. Mts. 4 1/2 Uhr nachm.

Tra'ningspiel der

Deutschen

Ländermannschaft

Tribüne I.-RM. S. ebplatz - FORM. Erwerbslose u. Schüler - 30 RM

VORVERKAUF: Zigarrhaus BEKER

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20

20